

Ausgabe 06

BDKJ.konkret

Das Magazin vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend.

JUGENDBETEILIGUNG

Aufräumen mit dem Mythos
der unpolitischen Jugend



BDKJ

Bund der Deutschen
Katholischen Jugend



Impressum

HERAUSGEBER BDKJ-Bundesvorstand | **ANSCHRIFT** BDKJ-Bundesstelle e. V., Redaktion BDKJ.konkret, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf, Tel.: 02 11 . 46 93-154, Mail: redaktion@bdkj.de, Internet: www.bdkj.de/konkret **REDAKTION:** Johanna Elsässer (verantwortlich), Yvonne Everhartz, Vanessa Hüfner, Lisi Maier, Mareike Thieben | **TITELBILD** Jörg Farys/DIE.PROJEKTOREN | **FOTOS 03** Patrizia Illk; **04** und **05** Christian Schnaubelt; **06** Jörg Farys/DIE.PROJEKTOREN, SKIM; **08** BDKJ-Bundesstelle/Achim Pohl, Beatrice Treydel, Norbert Müller; **09** Thomas Köhler/photothek; Matthias Seestern-Pauly, Laurence Chaperon; **10 – 11** BDKJ-Bundesstelle; **12** Jörg Farys/KLJB-Bundesstelle; **13** Mark Bollhorst/Stiftung Digitale Chancen, Andi Weiland/Stiftung Digitale Chancen; **14** BDKJ Speyer; **15** DBJR/Kevin Fuchs (CC-BY-4.0), Laura Gies; **16** privat, Susie Knoll, Jan Tepass, privat; **17** Ben Wolff, BMG; **18** Christian Schnaubelt, Uwe Völkner/Foxagentur; **19** Heiko Tammena, BDKJ-Bundesstelle; **20** BDKJ NRW, marshi/photocase, BDKJ Speyer; **21** Philip Steffan (CC-BY 4.0), ZBFS-Bayerisches Landesjugendamt, Jonas Walzberg/AEJ – jugendgerecht.de; **22** Rabe/Pixabay, Jesse van de Woestijne/Europarat, Herbert Jennerich/BAFzA | **GRAFIKEN 04** pandavector/fotolia; **08** Prad Pict/fotolia; karandaev/fotolia; **10** koivo/shutterstock; **16 – 17** glowonconcept/fotolia, **18** 3d imagination/shutterstock, Klebestreifen: 32pixels/fotolia; **23** serazetdinov/shutterstock; **24** Annika Kuhn

KORREKTORAT Helga Antkowiak

GRAFIK & LAYOUT Daniela Rusch/DIE.PROJEKTOREN

DRUCK Druckerei Lokay e.K., klimaneutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2 auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Blauen Engel

AUSGABE 6 (2019) | AUFLAGE 1.000 Stück

Beiträge mit Namen oder Quellenangabe geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.



Gefördert vom:



Inhalt

Nicht ohne unsere Stimme!

Warum es echte Jugendbeteiligung braucht

„Junge Menschen wollen etwas bewegen“

Interview mit der Sozialwissenschaftlerin Christine Hübner

Wählen ab 16?

Positionen aus der Politik

Same same but different

Jugendbeteiligung ist immer eine Herausforderung — auch weltweit

„Hört uns zu und lasst uns mitmachen“

Digitale Jugendbeteiligung und digitale Teilhabe

Sehnsucht nach Gerechtigkeit

Kirche und Demokratie

Gut gemeint

Der EU-Jugenddialog

Trainingslager in Sachen Partizipation

Prominente Verbandsmitglieder blicken zurück

Album der Möglichkeiten

Gute Praxis von Jugendbeteiligungsformaten

Jugend beteiligen jetzt!

Forderungen der BDKJ-Hauptversammlung 2019

04

06

08

10

12

14

15

16

18

23

Editorial

Liebe Leser*innen,

Schwerpunkte setzen, auf den Punkt kommen – das ist ja eigentlich mein täglich Brot als Redakteurin. Bei dieser Ausgabe des BDKJ konkret ist das aber besonders schwergefallen. Es gibt so viele und vielfältige Formate und Aspekte der Jugendbeteiligung! Aber: Dieses Heft hat leider nur 24 Seiten.

Allein mit den Partizipations-Aktivitäten innerhalb des BDKJ wäre das Heft schon aus allen Nähten geplatzt. Mit dem Blick über den Tellerrand erst recht. Deshalb konnten wir nicht auf alles und alle eingehen, die mit ihren tollen Projekten Jugendbeteiligung fordern und fördern. Was zum Beispiel keinen Platz mehr gefunden hat: Beteiligungsformate in Schulen, Kinder- und Jugendparlamente oder jugend.beteiligen. jetzt, die Plattform für die Praxis digitaler Jugendbeteiligung.

Bei der Fülle an Angeboten ist es eigentlich ein Rätsel, warum Politik und Verwaltung vielerorts an jungen Menschen vorbei arbeiten, statt mit ihnen. An vielen Orten klappt das aber auch ganz wunderbar. In diese gute Praxis möchten wir mit diesem Heft einen Einblick geben, aber auch auf Nachholbedarf hinweisen.

Eine anregende Lektüre wünscht

Johanna Elsässer
Redaktion





Nicht ohne unsere Stimme!

Warum es echte Jugendbeteiligung in allen Lebenslagen braucht –
und keinen pseudopartizipativen Aktionismus

🍀 **Jugendbeteiligung** – seit Jahrzehnten eins der absoluten Topthemen von Jugendverbänden und doch kein „alter Hut“. Das Ringen um die richtigen Instrumente in unseren eigenen Strukturen, das Entwickeln von Vorschlägen und das Einfordern von gelingender Jugendbeteiligung gegenüber Politik – das alles beschäftigt Jugendverbände, ganz unabhängig ob konfessionelle, helfende, kulturelle oder Arbeiter*innen-jugendorganisationen. Jugendbeteiligung mit all ihren Facetten gehört zur DNA von Jugendverbandsarbeit – in der Ukraine und in Frankreich ebenso wie in Bolivien und Deutschland. Während sich zum Beispiel in Belarus junge Menschen aus dem politischen Exil heraus dafür einsetzen müssen – können wir hier in Deutschland selbstbewusst dafür kämpfen. Das machen wir Jugendverbände nicht aus Selbstzweck, sondern weil wir Kinder und Jugendliche als Expert*innen für ihre Lebenswelt sehen, die entscheidende Perspektiven beisteuern.

Für uns als katholische Jugendverbände sind Selbstbestimmung und Selbstorganisation die grundlegenden Prinzipien von Jugendbeteiligung – egal ob in Staat oder Kirche. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene legen gemeinsam fest, was sie miteinander tun, wer sie vertritt und unter welchen Regeln dies geschieht. Kinder und Jugendliche lernen in der Gruppe und in der verbandlichen Zusammenarbeit, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun, Kompromisse zu finden, Macht verantwortlich zu nutzen, und sie lernen die Kommunikationsformen der Demokratie. Sie erfahren, dass die Vertretungsstruktur ihnen als Gruppe die Kommunikation mit anderen Gruppen oder Kooperationspartner*innen im Nachbardorf, bundesweit und international ermöglicht. Im Jugendverband lernen Kinder und Jugendliche zu unterscheiden, ob jemand nur für sich alleine spricht oder eine gemeinsam ausgehandelte Gruppenposition vertritt.

Und gerade weil sie es von der Pike auf gelernt haben, haben Jugendverbandler*innen entsprechende Ansprüche an Jugendbeteiligung! Wir wollen, dass Mitwirkung auch Wirkung zeigt und nicht in pseudopartizipativen Aktivitäten stecken bleibt. Egal ob Jugendbeteiligung bei Planungsverfahren, kommunale Jugendparlamente oder eine stärkere Einbeziehung junger Menschen in politische Entscheidungsstrukturen auf Landes- oder Bundesebene – von der Kommune bis zur EU gibt es vielfältige gesetzliche Grundlagen, Anlässe und Formen der Jugendbeteiligung. Doch auch wenn viele Formate von Jugendbeteiligung heute mehr und mehr zur politischen Praxis gehören, heißt das nicht automatisch, dass sie auch gut umgesetzt wird. Jugendbeteiligung ist nicht sinnvoll und wirkungsvoll, nur weil es sie gibt. Nicht auf das gut gemeint, sondern auf das gut gemacht kommt es an.

Gut gemacht heißt erstens, dass von jungen Menschen und ihren Interessenslagen aus gedacht wird und sich dadurch eine Kultur etabliert, in der es selbstverständlich wird, dass junge Menschen sich einbringen und mitentscheiden. Zweitens bedeutet es, dass es für die Vielfalt junger Menschen, ihrer Bildungschancen und Lebenswirklichkeiten vielfältige Formate braucht. Und drittens bedarf es einer konkreten Wirkungsmöglichkeit der Beteiligung. Nur wenn die Meinungen und Ideen junger Menschen wirklich Auswirkungen auf Entscheidungen haben, kann Beteiligung motivieren, positive Erfahrungen schaffen und Teilhabe fördern.

Das wirkungsvollste Instrument von Beteiligung in einer Demokratie ist das Wahlrecht. Allerdings ist sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht Kindern und Jugendlichen in den meisten Kommunen, Bundesländern und vor allem auf Bundes- und europäischer Ebene verwehrt. Solange man auf diesen Ebenen nicht ansetzt, dienen viele Maßnahmen der Jugendbeteiligung nur dem schönen Schein.



LISI MAIER

ist BDKJ-Bundesvorsitzende. In ihrem Heimatdorf Irschenberg in Oberbayern war sie selbst mal Gemeinderätin und glaubt seitdem, dass viel mehr an Jugendpartizipation in der Kommune möglich wäre.



„Junge Menschen wollen etwas bewegen“

Christine Hübner hat dazu geforscht, was jungen Menschen in Sachen Politik wichtig ist – unter anderem bei d|part, einem unabhängigen Think Tank für politische Partizipation.

An der Universität von Edinburgh beendet sie gerade ihre Doktorarbeit über junge Leute und Politik. Im Interview beleuchtet sie das Wahlverhalten junger Menschen und deren teilweise verhaltenes Interesse an etablierter Politik.



CHRISTINE HÜBNER

„Fragen zur Jugendbeteiligung sind der Schlüssel, um zu verstehen, wie sich unsere Demokratie verändert“, meint Christine Hübner

Frau Hübner, ist Deutschlands Jugend auf einmal nicht mehr unpolitisch, Stichwort #FridaysForFuture?

So richtig unpolitisch war Deutschlands Jugend eigentlich nie. Junge Menschen beteiligen sich allerdings häufig auf andere Art an Politik als ältere. Viele junge Menschen wollen sich nicht so gern auf eine allgemeine Schlagrichtung, zum Beispiel die einer Partei, festlegen. Sie entscheiden lieber von Thema zu Thema. Zu Fragen, die ihnen besonders wichtig sind, engagieren sich junge Menschen dann auch dementsprechend, zum Beispiel indem sie demonstrieren, Petitionen unterschreiben oder Dinge boykottieren.

Welche Themen sind Jugendlichen und jungen Erwachsenen wichtig?

Der Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels sind derzeit für viele junge Menschen die absoluten Topthemen. Was ältere Politiker*innen oft nicht verstehen: Für junge Leute ist es gar keine Frage, ob wir uns mit dem Klimawandel auseinandersetzen müssen, sondern eher wann und wie.

Ansonsten bewerten junge Menschen viele Themen gar nicht so anders als ältere. Für die Europawahl 2019 zum Beispiel haben junge Menschen Lösungen von der Politik zu Fragen der Einwanderung und Migration, zur sozialen Ungleichheit und zur Zukunft der Europäischen Union erwartet.

Sie haben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht, wie junge Menschen bei der Bundestagswahl 2017 gewählt haben. Wie sind Sie hier vorgegangen?

Für unsere Studien haben wir verschiedene bereits bestehende Umfragen und Statistiken ausgewertet, zum Beispiel die Wahlstatistik des Bundeswahlleiters, Umfragen des Eurobarometers oder Projekte, bei denen wir selbst Menschen zu ihren politischen Einstellungen befragt haben. In meiner Forschung spreche ich auch regelmäßig mit jungen Menschen über ihre Einstellungen zu Politik und darüber, was ihnen wichtig ist in der Gesellschaft. Das läuft ganz locker ab, bei einer Tasse Kaffee oder einem Stück Pizza, und macht sehr viel Spaß.

Interview



Was sind die wesentlichen Ergebnisse der Studie?

Junge Menschen beteiligen sich nach wie vor weniger an Wahlen als ältere, aber bei der Bundestagswahl 2017 hat sich die Lücke in der Wahlbeteiligung wieder ein wenig geschlossen. Das liegt daran, dass Wählen für viele junge Menschen nach wie vor als Bürgerpflicht gilt. Darüber hinaus interessieren sich viele junge Menschen für Politik und vor allem für den Ausgang von Wahlen. Was man auch feststellen kann: Junge Menschen beteiligen sich vor allem dann an Politik, wenn ihnen ein Thema besonders wichtig ist und sie das Gefühl haben, etwas bewegen zu können.

Allerdings haben wir auch große Unterschiede zwischen jungen Menschen gefunden: Während im Süden Deutschlands sieben von zehn jungen Menschen gewählt haben, ging in manchen Regionen Ostdeutschlands fast die Hälfte der jungen Männer nicht zur Wahl. Obwohl Männer sich normalerweise eher an Wahlen beteiligen als Frauen, gaben bei der letzten Bundestagswahl erstmals etwas mehr junge Frauen als Männer ihre Stimme ab.

Warum gehen so wenige junge Menschen wählen?

Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen, und die meisten davon sind in erster Linie praktisch. Junge Leute ziehen zum Beispiel häufiger um und sind seltener fest eingebunden in Familie, Vereinen oder auf der Arbeit. Auch zweifeln junge Menschen häufiger an ihren Wahlentscheidungen. Es fällt ihnen oft schwer, die politischen Kandidat*innen zu bewerten und viele von ihnen sagen, dass sie gern mehr Informationen zu bestimmten Themen hätten.

Die Frage ist daher, was Politiker*innen anders machen können, um es jungen Menschen leichter zu machen, eine Wahlentscheidung zu treffen. Dazu gehört, dass sie deutliche Aussagen dazu machen müssen, wie konkrete Probleme gelöst werden können und sich dann auch an diese Wahlversprechen halten.

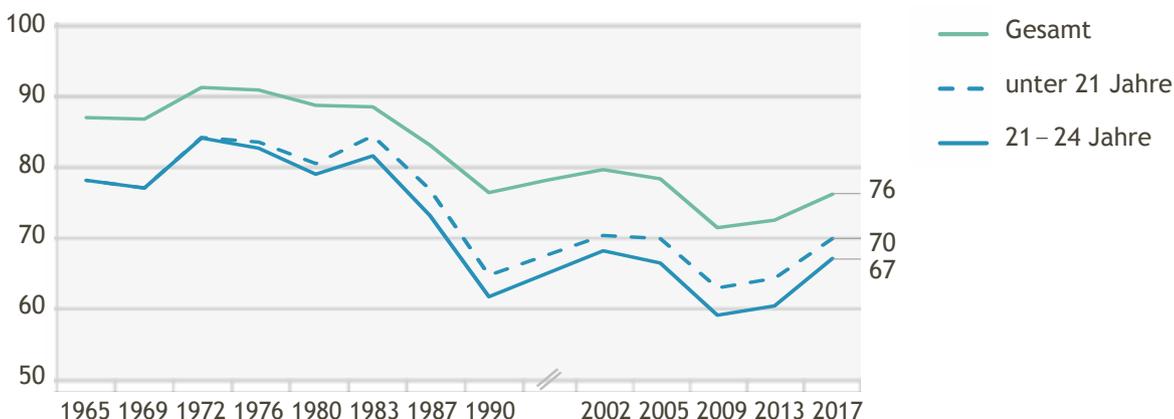
Vielen Dank für das Interview.

Literatur-Tipp



Download unter www.fes.de

Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen 1965 – 2017 nach Alter (in Prozent)*



*Daten: Bundestahlleiter, 1994 und 1998 keine Erhebung, 1965 bis 1987: früheres Bundesgebiet. Grafik entnommen aus der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Wählen ab 16?

Was Politiker*innen zu einer möglichen Absenkung des Wahlalters sagen



Spätestens die Klimaproteste der vergangenen Monate zeigen allen Zweifler*innen: Junge Menschen sind genauso interessiert an Politik und müssen genauso Einfluss nehmen können wie alle anderen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Menschen immer länger leben. Das ist schön, bedeutet aber auch, dass immer mehr ältere Menschen immer länger die Richtung der Politik bestimmen. Höchste Zeit, dass wir

den Jüngeren endlich mehr politische Mitgestaltung ermöglichen. Deshalb fordern wir Grüne eine generelle Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

KATJA DÖRNER, MDB

Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag,
u. a. Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik



Viele Entscheidungen beeinflussen das Leben junger Menschen ganz akut oder treffen, wie die Diskussion um die EU-Urheberrechtsreform oder die Fridays-for-Future-Demos zeigen, besonders auf ihr Interesse. Es bedarf daher einer breiteren Beteiligung von Jugendlichen im gesamten politischen Prozess — und das heißt nicht nur bei Wahlen —, um ihre Probleme und Wünsche mehr in den Fokus zu nehmen.

Eine zügige Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei allen Wahlen, von der Gemeindevertretung bis zum Europäischen Parlament, ist dazu ein erster wichtiger Schritt.

NORBERT MÜLLER, MDB

Die Linke im Bundestag, u. a. Sprecher für Kinder- und Familienpolitik



Ich bin dafür, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. In diesem Alter sind viele junge Menschen sehr interessiert an gesellschaftlichen Themen und bilden sich eine eigene Meinung. Wir sollten ihnen zutrauen, diese Meinung auch an der Wahlurne auszudrücken. Großartig finde ich, dass sich so viele von ihnen für den Klimaschutz engagieren und regelmäßig für ihre Zukunft auf die Straße gehen.

Wir müssen sie im Alltag mit ihren Meinungen ernst nehmen, denn nur dann werden sie sich dauerhaft für Politik interessieren.

KATARINA BARLEY, MDB

SPD, 2018 – 2019 Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, seit Juni 2019 Abgeordnete im EU-Parlament



In einem Viertel der Bundesländer darf man bereits ab 16 an Landtagswahlen teilnehmen. Die Stimme der Jugend sollte bei Wahlen gehört werden – denn oft hat Politik große Auswirkungen auch auf die folgenden Generationen. Doch was bedeutet dies für die Bundestagswahl? Es gibt teilweise große Vorbehalte gegenüber einem Wahlrecht ab 16. Daher plädiere ich dafür, das Wahlalter für alle Landtagswahlen auf 16 zu senken. So können wir Vorbehalte abbauen und

zeigen, dass die Stimme der Jugend eine Bereicherung ist. So können wir die Akzeptanz auch für eine Veränderung im Bund stärken.

MATTHIAS SEESTERN-PAULY, MDB

FDP im Bundestag, u. a. Sprecher für Kinder- und Familienpolitik



Das Wahlrecht ist das höchste Recht der Bürger*innen in einem demokratischen Staat. Aus diesem Grund ist es mit der Volljährigkeit verknüpft. Ansonsten lässt sich schwer vermitteln, weshalb ein junger Mensch zwar zum Wählen berechtigt ist, aber noch keine Rechts- oder Straffähigkeit besitzt, um zum Beispiel einen Handy-Vertrag abschließen zu können.

Wenn diese Verknüpfung nicht mehr besteht, erscheint jede Altersgrenze willkürlich gewählt. Wenn wir über die Absenkung des Wahlalters auf 16 diskutieren, dürfen wir eine Absenkung der Volljährigkeit und Strafmündigkeit nicht außer Acht lassen.

URSULA GRODEN-KRANICH, MDB

CDU im Bundestag, u. a. Stellvertreterin im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Same same but different

Der BDKJ erhält über seine internationalen Partnerverbände Einblicke in Jugendbeteiligungsprojekte weltweit.



✔ Viele europäische Länder beklagen eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. In Serbien liegt sie bei rund 30 Prozent. Die dort ansässige Kolpingjugend begegnet dieser Herausforderung mit Diskussionsrunden unter dem Titel „You in the eyes of an employer“ und befähigt damit junge Menschen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Thematisch geht es neben den Möglichkeiten für junge Menschen, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, auch um die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Eine weitere Herausforderung in den Ländern am Westbalkan sind ethnische Spannungen, die nach den Balkankriegen in den 1990er Jahren nach wie vor bestehen und den langfristigen Frieden gefährden. Die Franziskanische Jugend Bosnien und Herzegowina setzt dort an und organisiert Gesprächsrunden, Vorträge, Theater und Konzerte in besonders betroffenen Regionen. So gestaltet sie aktiv den Friedensprozess mit und überlässt das Feld nicht allein der Politik.





Die Franziskanische Jugend gestaltet den Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina aktiv mit. Austausch mit dem Ukrainischen Jugendring: Jugendbeteiligung im Ausland ist oft schwieriger.

Der BDKJ pflegt Kontakte zu Partnerverbänden weltweit. Viele von ihnen – wie die Kolpingjugend Serbien und die Franziskanische Jugend Bosnien und Herzegowina – sind auf dem Gebiet der Jugendbeteiligung aktiv. Im Austausch mit den Partner*innen wird jedoch deutlich, dass die Rahmenbedingungen meist schwieriger sind als in Deutschland. In Deutschland profitieren wir von Kinder- und Jugendhilfegesetzen und finanzieller Förderung. Staatliche Förderung gibt es in anderen Ländern in der Regel nicht. Jugendverbände müssen schauen, woher sie Gelder für ihre Projekte nehmen. Fündig werden sie eher im Aus- als im Inland. Eine wichtige Quelle ist beispielsweise das Förderprogramm Erasmus+ der Europäischen Union. Daneben sind Jugendorganisationen vom sogenannten Phänomen „shrinking space“ betroffen, also von kleiner werdenden Handlungsräumen für zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Nichtregierungsorganisationen werden in ihrer Arbeit eingeschränkt unter anderem durch reglementierende Gesetzgebungen, die Meinungsfreiheit und Finanzierungsmöglichkeiten einschränken, Diffamierungskampagnen und höhere administrative Hürden.

Auch die Einrichtung von regierungsnahen Parallelstrukturen, die demokratische Strukturen verdrängen, gehört dazu. Diese Tendenzen können wir in der EU aktuell in Italien, Polen und Ungarn beobachten. Sie wirken sich auf die Jugendbeteiligung in den betroffenen Ländern negativ aus.

Als Jugendverbände können wir unsere Partnerorganisationen unterstützen. Allein schon der Austausch untereinander ermöglicht das bessere Verständnis füreinander und stärkt den Zusammenhalt. So fällt es leicht, sich solidarisch zu zeigen und im Fall der Fälle Forderungen an die Politik zu formulieren und mithilfe der Öffentlichkeit internationalen Druck herzustellen. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) unterstützt bereits seit vielen Jahren Jugendringe in anderen europäischen Ländern. Der Ukrainischen Jugendring (NYCU), der vom ukrainischen Staat keinerlei Unterstützung erfährt, wurde mithilfe des DBJR aufgebaut. Auch in seiner Aufnahme in das Europäische Jugendforum begleitete der DBJR den ukrainischen sowie auch den polnischen Jugendring PROM.

Jugendorganisationen in Deutschland haben eine lange Tradition und befinden sich durch eine gute strukturelle Anbindung in einer vergleichsweise privilegierten Situation. Auf ihren Erfahrungsschatz und ihre Ressourcen können sie bei der Unterstützung von Partner*innen zurückgreifen. Das Engagement von vielen Jugendorganisationen im Ausland ist bewundernswert. Auch unter teils schwierigen Bedingungen vertreten sie in ihren Ländern die Interessen der Jugendlichen, gestalten ihre Gesellschaft mit und lassen sich nicht einschüchtern.



ELISABETH LÜDEKING ist Referentin für internationale Jugendarbeit an der BDKJ-Bundesstelle. In Sachen Partizipation hat sie im Jahr 2019 vor allem der internationale Aspekt der 72-Stunden-Aktion begeistert: „Eine tolle Gelegenheit, auch mit anderen Ländern Europas Solidarität zu zeigen!“.



„Hört uns zu und lasst uns mitmachen – auch im Internet!“

Digitale Jugendbeteiligung und digitale Teilhabe

📌 **Angehört werden und mitmachen können im Internet:** Das sind zwei Forderungen an die Netzpolitik, die junge Menschen beim Netzfest im Vorfeld der re:publica 2019 formuliert haben. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Teilhabe, und sie üben dieses Recht heute in und mit digitalen Medien aus. Weil digitale Medien ganz selbstverständlich von jungen Menschen genutzt werden, weil die Dienste wie WhatsApp, Instagram oder Snapchat ein unverzichtbarer Teil ihrer Lebenswelt sind und weil nicht

erst Initiativen wie „Fridays for Future“ gezeigt haben, dass Kinder und Jugendliche sich an allen sie betreffenden Lebensbereichen beteiligen wollen und können, müssen „Digitalisierung“ und „Teilhabe“ zwingend zusammen gedacht werden.

Mit der digitalen Teilhabe können sich Menschen durch digitale Methoden und Werkzeuge an Entscheidungsprozessen beteiligen, zum Beispiel mit einer App Ergebnisse einer Diskussion sammeln und bewerten.

Und digitale Teilhabe umfasst die Voraussetzungen der Beteiligung: Dazu gehört der technische Zugang zu digitalen Angeboten, also der Rechner oder das Smartphone und die Internetverbindung ebenso wie die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen, aber auch barrierefreie Gestaltung und die Fähigkeit, die Angebote zu nutzen, das heißt Medienkompetenz. Die besten Tools ergeben nur Sinn, wenn junge Menschen nicht aufgrund sozialer oder technischer Hürden von ihrer Nutzung ausgeschlossen sind. **Fest steht:** Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, sich zu beteiligen – und dieses Recht gilt auch in der digitalen Welt.

DIGITALE TEILHABE BRAUCHT GUTE BEDINGUNGEN

1989 hat Tim Berners-Lee den Code des WWW entwickelt und die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) wurde verabschiedet. 2019 werden die Freiheits- und Schutzrechte 30 Jahre alt, im digitalen Alltag von Kindern spielen sie eine große Rolle. Als Mittel zur Ausübung der Kinderrechte kommen digitale Medien in der UN-KRK noch nicht vor, aber es ist offenkundig, dass Freiheitsrechte wie Zugang zu Informationen, freie Meinungsäußerung, das Recht auf Versammlung und Vereinigung ebenso wie das Recht auf Teilhabe und Spiel heute von jungen Menschen mit digitalen Medien wahrgenommen werden. Artikel 12 der UN-KRK fordert ausdrücklich dazu auf, die Stimmen von Kindern in allen sie betreffenden Angelegenheiten anzuhören, und der Vorrang des Kindeswohls nach Artikel 3 UN-KRK bildet die Grundlage dafür, die Stimmen der Kinder bei der Entscheidung über ihre Interessen und ihr Wohlergehen zu berücksichtigen. **Dazu müssen die Voraussetzungen durch alle beteiligten Akteur*innen geschaffen werden:** Die Infrastruktur für den Netzzugang muss überall vorhanden sein, gerade auch in ländlichen Räumen, wo gesellschaftliche Teilhabe aufgrund fehlender ÖPNV-Verbindungen häufig erschwert ist. In den Schulen müssen neben der Ausstattung durch den Digitalpakt auch Medienbildung verankert und offene Bildungsressourcen genutzt werden.

Die Wahrung der Persönlichkeitsrechte und des gesetzlichen Rahmens von Jugend-, Daten- und Verbraucherschutz sind darüber hinaus wesentliche Grundlagen digitaler Teilhabe aller jungen Menschen.

MEHR ALS FACEBOOK-KOMMENTARE: TOOLS FÜR ECHE TEILHABUNG NUTZEN

Abstimmen per App, Demokratie durch Likes, Diskussionen durch Kommentarfunktionen – reicht es also im digitalen Zeitalter, politische Meinungsbildung und Mitbestimmung über das Smartphone einzurichten und damit per Klick zu Positionsbestimmungen und Entscheidungen zu kommen? **Die Plattformen ersetzen den persönlichen Austausch nicht und sie brauchen eine gute Planung und Vorbereitung, damit die Ergebnisse danach auch bestmöglich umgesetzt werden können:** Die beteiligten Jugendlichen müssen sehen können, welche realpolitischen Entscheidungen darauf aufbauend getroffen werden und wie sich die eigene Beteiligung ganz konkret positiv auf ihre Lebenswelt auswirkt. Gerade digitale Plattformen bieten die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse transparent zu machen. So kann bei digitalen Bürgerhaushalten zum Beispiel jede*r nachvollziehen, wie viele Personen welchen Anteil des Budgets für welchen Zweck eingesetzt sehen wollen; digitale Instrumente können diese Ergebnisse grafisch darstellen, das ist meist leichter zu verstehen als Erklärungen in Verwaltungssprache. Wenn die politischen Entscheider*innen anschließend nicht danach handeln, bedarf das einer Begründung gegenüber denjenigen, die sich in die Entscheidungsfindung eingebracht haben.

Wer digitale Jugendbeteiligung gezielt für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung im Verband, in der Schule oder in der Kommunalpolitik einsetzt, der*die kann sowohl mehr junge Menschen als auch Zielgruppen erreichen, die sich bislang kaum oder gar nicht angesprochen gefühlt haben, und so neue digitale Räume für den Austausch schaffen.



JUTTA CROLL

ist Vorstandsvorsitzende der Stiftung Digitale Chancen und verantwortlich für das Projekt Kinderschutz und Kinderrechte in der digitalen Welt. Ziel der im Jahr 2002 gegründeten Stiftung ist digitale Chancengerechtigkeit und die digitale Teilhabe aller Menschen.



DR. ANNA GREBE

leitet das Initiativbüro „Gutes Aufwachsen mit Medien“ bei der Stiftung Digitale Chancen. Jugendbeteiligung – zumindest ganz analog – hat sie in der Jugendverbandsarbeit kennengelernt: Sie kommt aus der Katholischen jungen Gemeinde (KjG).

Sehnsucht nach Gerechtigkeit: Was Kirche in Sachen Demokratie von den katholischen Jugendverbänden lernen könnte

CARSTEN LEINHÄUSER
Ist seit 2014 BDKJ-Präses
in Speyer. Ab Herbst 2019
geht er als Pfarrer ins rhein-
land-pfälzische Winnweiler.



Demokratie und Kirche. Auf den ersten Blick scheinen sie miteinander zu fremdeln. Beim genauen Hinsehen fällt auf: Die beiden könnten durchaus Geschwister sein, die miteinander richtig gute Dinge auf den Weg bringen. Denn in der DNA von beiden stecken Gene, die eng miteinander verwandt sind.

Der Kirche geht es darum, Menschen die Frohe Botschaft zu verkünden. Und zwar so, dass sie spüren: Weil Gott dich liebt, gibt er dir eine Stimme und eine unverlierbare Würde. Die Frohe Botschaft spornt uns an, aufeinander zu achten und vernünftig miteinander und füreinander zu streiten. Ihr Herz schlägt für Gerechtigkeit, Freiheit und Würde.

Gerechtigkeit, Freiheit und Würde: Dafür schlägt auch das Herz der Demokratie. Mit dem Heiligen Geist im Herzen und den Werkzeugen der Demokratie in der Hand könnte Kirche wirklich etwas bewegen. Eine geniale Verbindung – die Jugendverbände im BDKJ setzen sie schon lange um.

Wie viel könnte Kirche hiervon lernen! Von der Art und Weise, wie Kinder und Jugendliche in unseren Verbänden Beteiligung leben, wie sie miteinander diskutieren und streiten. Von der unstillbaren Sehnsucht nach wahrer Gerechtigkeit, nach Freiheit und Frieden in den Herzen junger Menschen. Davon, wie ernst sie die Frohe Botschaft nehmen und wie allergisch sie reagieren, wenn Macht missbraucht oder Menschen benachteiligt werden: Deshalb fordern Jugendverbände zum Beispiel, dass Strukturen, die Missbrauch – gleich welcher Form – fördern oder ermöglichen, verändert werden. Dass junge Menschen mit ihrer Stimme ernsthaft in synodalen Prozessen beteiligt werden. Dass die Kirche Frauen den Zugang zu Leitungsämtern ermöglicht, wie es in den Jugendverbänden schon lange erfolgreich vorgelebt wird.

Beide – Demokratie und Kirche – brauchen junge Menschen: Als Wächter*innen, Prophet*innen, kreative Zukunftsgestalter*innen. Die Jugendsynode war ein erster Schritt. Nur Mut, Kirche. Geh weiter!

**„Wir sind nur zukunftsfähig, wenn wir
junge Menschen ernst nehmen und beteiligen.
Das kann auch heißen, Fehler zuzulassen.“**



GUT GEMEINT

Der EU-Jugenddialog: Prioritäten der jungen Menschen ernst nehmen

Europäische Politik interessiert junge Menschen und sie wirkt auf ihr Leben. Aber wie gut können junge Menschen ihre Interessen in Europa vertreten? Als einzigartiges Beteiligungsinstrument wird der EU-Jugenddialog von der vielfältigen Landschaft der Jugendringe und Jugendverbände auf allen Ebenen umgesetzt: Junge Menschen diskutieren europäische Themen lokal, regional und national. Die Meinung der jungen Menschen soll dann in die europäische Politik einfließen.

Jugendbeteiligung ist aber kein Selbstzweck. In der letzten Beteiligungsrunde 2017 und 2018 wurden von über 50 000 jungen Menschen in Europa EU-Jugendziele erarbeitet. Leider tauchen diese Prioritäten nicht in der aktuellen Politik auf. Damit Beteiligung ernst genommen wird, müssten die Politiker*innen die Meinungen junger Menschen aufgreifen. Zudem haben einige Mitgliedstaaten in der Übergangsphase zwi-

schen Strukturiertem Dialog 2010 – 2017 und dem Jugenddialog die führende Rolle der Jugendringe in Frage gestellt.

Aktuell stehen wir am Anfang des EU-Jugenddialogs: Die Weiterentwicklung muss im Zentrum stehen. Dazu fordern wir, dass die Beteiligung junger Menschen ernst genommen wird und in die konkrete europäische Politik einfließt.

Ein Beispiel dazu kann der Europarat sein, der auf eine gleichberechtigte Form der Beteiligung setzt: das Co-Management (siehe Seite 22 in diesem Heft). Junge Menschen können über Prioritäten, Ziele und den Haushalt der Jugendpolitik des Europarats mitbestimmen und sind damit Regierungsvertreter*innen gleichgestellt. Diese Möglichkeit der Beteiligung sollte auch auf EU-Ebene genutzt werden.

Mehr Infos: www.youthgoals.eu



LAURA GIES

ist Referentin für europäische Jugendpolitik beim Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und ärgert sich oft darüber, dass so wenige junge Menschen auf Wahllisten und in den Parlamenten vertreten sind.

TRAININGSLAGER IN SACHEN PARTIZIPATION

Katholische Jugendverbandsarbeit prägt viele junge Menschen für das spätere Leben und die Mitgestaltung von Gesellschaft und Politik

Anfang der 80er Jahre bei einer Bürgerversammlung



In der KLJB habe ich gelernt, zu diskutieren, Themen zu erarbeiten, Positionen abzuwägen, Kompromisse zu finden und dabei das größere Ganze im Blick zu behalten. Dazu kommt die Fähigkeit zu reden, zu organisieren, selbstständig zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Die ausgeprägte Streitkultur hat mich begeistert. Die KLJB hat mich bestens auf die Politik vorbereitet!

MARIANNE SCHIEDER MdB, geb. 1962, Parlamentarische Geschäftsführung der SPD-Bundestagsfraktion, war aktiv in der KLJB von der Ortsgruppe bis zur Kreis-, Landes- und Bundesebene. Von 1983 bis heute engagiert im großen Zeltlager des BDKJ Regensburg.

Die KSJ hatte prägenden Einfluss auf mich. So vieles habe ich hier gelernt – akzentuiert vorzutragen etwa, gemeinsam Lieder zu singen, Zelte auf- und abzubauen, in einer Gruppe Projekte zu verfolgen, Versammlungen zu leiten und natürlich Strategie und Taktik. Ich wurde politisch aufgeklärt, erfuhr, dass es außer der CDU noch andere Parteien gibt, öffnete mich politisch. Und noch heute wirken die damals geknüpften Bande.

1972 bei einer KSJ-Versammlung



MICHAEL VESPER, geb. 1952, Minister a.D., Gründungsmitglied der Partei Die Grünen, mit etwa 11 Jahren in eine KSJ-Gruppe in Düsseldorf eingetreten, von ca. 1970 bis 1973 stellvertretender Bundesleiter der KSJ und Bundesleiter des KSJ-Hochschulrings (1973/74).

Ich habe bei den Werkwochen der J-GCL in Aachen gelernt, wie aus einer kleinen Idee im kreativen Prozess großartige Dinge entstehen können. Die J-GCL sind für mich mehr als einfach nur ein Verband, eher eine zweite Familie. In meinem Job begleiten mich alte Freund*innen aus der Werkwoche in meiner Band als Mitmusiker*innen, Schauspieler*innen, Tänzer*innen, Cutter*innen ... Es ist ein Geschenk, dass wir dies heute immer noch gemeinsam erleben dürfen!



RENÉ SCHWIERS, geb. 1980, Keyboarder der Kölsch-Rock-Band Kasalla, Teamer in den musisch-kreativen Werkwochen der J-GCL Aachen von 1997 – 2006, Mitglied der Diözesanleitung seit 1999, Vorstand des Trägervereins der J-GCL seit 2004.



Aus meiner Zeit in der Katholischen Jugend habe ich viel mitgenommen. Vor allem die Freude, gemeinsam etwas zu gestalten und zu bewegen. Gelernt habe ich vor allem, in einer Gruppe Verantwortung zu übernehmen: in Debatten auch mal voranzugehen, Kontroversen auszuhalten und nach guten Lösungen zu suchen. Das habe ich damals als Kreisvorsitzender im BDKJ erlebt – fast an jedem Wochenende. Ohne diese Zeit wäre ich heute nicht der, der ich bin.

JENS SPAHN, geb. 1980, Bundesgesundheitsminister (CDU), KjG-Gruppenleiter in den 90er Jahren und BDKJ-Vorsitzender im Kreis Borken (1998 – 2005).



In 72 Stunden die Welt ein Stückchen besser machen

ALBUM DER MÖGLICHKEITEN

JUGENDBETEILIGUNG IN DIE TAT UMGESETZT:
EINE (UNVOLLSTÄNDIGE) SAMMLUNG*

72-Stunden-Aktion

Verband: BDKJ-Bundesverband **Ziel:** Engagement vor Ort wecken und stärken

Zielgruppe: Junge Menschen im Alter von 14 bis 30 Jahren

🌱 In 72 Stunden stellen Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Deutschland soziale Projekte auf die Beine. Die teilnehmenden Gruppen organisieren Nachbarschaftstreffen, Partnerschaften zu Asylunterkünften oder bauen Klettergerüste: Wichtig ist der gemeinsame Einsatz für andere oder mit anderen. Die gesamte Organisation läuft über die Gruppen selbst, vom Aufzeigen möglicher Missstände über die Entscheidung und Durchführung eines eigenen Projekts bis hin zur Gestaltung und Bewerbung der Aktion. Die Aktion legt für viele auch den Grundstein für ein längerfristiges Engagement, sei es rund um die Kirche oder direkt in einem Jugendverband.

Mehr Infos: www.72stunden.de

KjG-Kinderstadt

Verband: KjG-Diözesanverband Köln **Ziel:** Politik und Demokratie hautnah erleben und gestalten **Zielgruppe:** Kinder zwischen 8 und 12 Jahren

🌱 Die KjG-Kinderstadt ist ein pädagogisch betreutes Großspielprojekt zur Förderung von Partizipation von Kindern. 200 Kinder gestalten sechs Tage lang eine Stadt, mit eigener Währung, eigenen Ämtern und Unternehmen. Durch die Spielwelt können Kinder komplexe soziale Prozesse (zum Beispiel Gemeinderat, Wahlen, Demokratie) kennenlernen und darauf aufbauend eigene Visionen und Wertvorstellungen für ein friedliches Zusammenleben entwickeln. Wirtschaftliche Zusammenhänge (etwa Inflation, Arbeitslosigkeit, Angebot und Nachfrage) werden direkt und unmittelbar erlebt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Geschlechtergerechtigkeit. Durch die unmittelbare Konsequenz ihres Handelns begreifen Kinder und Jugendliche Gestaltungsmöglichkeiten als öffentliche Angelegenheit und entwickeln Motivation zum gemeinschaftlichen Engagement.

Mehr Infos: www.kjg-kinderstadt.de

**Vielen Dank für die Mitarbeit an Julia Böhnke, Franziska Dirscherl, Katharina Goldinger, Cathleen Lieball, Simon Linder, David Neuber, Mike Nonnenbroich, Sarah Primus, Nils Rusche, Christoph Sonntag, Heiko Tammena, Lena Wallraff, Jonas Zink sowie die AG Jugendbeteiligung des BDKJ*



Landomat

Verband: KLJB Bayern **Ziel:** Junge Menschen auf dem Land zur Auseinandersetzung mit Themen wie Nachhaltigkeit oder Bildung anregen

Zielgruppe: Junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren

📌 Mit dem Projekt #wirhabenwaszusagen rief die KLJB Bayern vor der Landtagswahl 2018 zu Aktionen für Demokratie und Jugendbeteiligung auf. Unter den Aktionen waren eine „Wahlbrochure“, ein Studienteil zur Landesversammlung und ein „Kritzelblock Jugendbeteiligung“ – und erstmals gab es auch ein eigenes Online-Tool: Der mit der freien Software mahlowat gestaltete „Landomat“ sammelte 24 ausgewählte Fragen und Antworten von zehn Parteien auf Basis der jugendpolitischen KLJB-Beschlüsse etwa zu Jugendbeteiligung, Flächenverbrauch und Energiepolitik. Am Ende konnte auf der Website ein Wahl-Tippspiel gemacht werden, mit dem der Wahlabend zusätzlich spannend wurde.

Mehr Infos: www.landomat.bayern



Bayerische Landtagsabgeordnete zu Gast auf der KLJB-Landesversammlung – das Holzschild für das Projekt „Wir haben was zu sagen“ war immer dabei.

Landtag live 2019

Verband: Kolpingjugend Bayern in Kooperation mit der KLJB Bayern

Ziel: Junge Erwachsene neugierig machen auf die bayerische Landespolitik und Abgeordnete für die Anliegen der Jugendverbände sensibilisieren.

Zielgruppe: Aktive Mitglieder im Jugendverband von 18 – 27 Jahren

📌 Seit 2003 findet „Landtag Live“ alle zwei Jahre statt. An drei Sitzungstagen begleiten junge Menschen Landtagsabgeordnete aus allen Fraktionen (mit Ausnahme der AfD). Ein Rahmenprogramm politischer Bildung ergänzt die Praxiswoche, auch Staatsregierung, Medien und Lobbyverbände werden einbezogen. Nicht nur die Teilnehmenden aus den Jugendverbänden nehmen eine Menge aus den drei Tagen mit: „Mich hat das politische Interesse bei den Teilnehmenden begeistert und ich fand den Blick von außen aus der Jugendarbeit sehr belebend“, sagte die Landtagsabgeordnete Gülseren Demirel (Grüne).



Josef Hartl, Diözesanvorsitzender der KLJB Passau, traf bei „Landtag Live“ die bayerische Landtagsabgeordnete Gülseren Demirel (Grüne).

„Post an den Papst“ zur Bischofssynode

Verband: BDKJ-Bundesverband **Ziel:** Stimmen von jungen Menschen zu den Themen der Jugendsynode sammeln und dem Papst übermitteln

Zielgruppe: Junge Menschen zwischen 16 und 29 Jahren

📌 Der BDKJ-Bundesverband übergab im Herbst 2018 in Rom tausende Postkarten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Papst Franziskus. Die Karten enthielten Anliegen an die Jugendsynode und waren zuvor auf dem Katholikentag und über Verbände, Schulen, Firm- und andere Jugendgruppen gesammelt worden. „Lieber Papst Franziskus ...“ so lautet die Aufschrift jeder Karte – viele nutzten die Chance, dem Papst direkt zu schreiben. „Ich wünsche mir Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit und damit Perspektive für die Zukunft“, so Johannes (19). „Die Gottesdienste sollten lockerer und fröhlicher werden. Außerdem sollten Pfarrer heiraten dürfen, auch Frauen sollten Pfarrer werden“, so Lina (14). Die vielen persönlichen Zeilen an den Papst zeigen, dass jungen Menschen etwas an der Kirche liegt und sie bereit sind, ihre Meinung zu sagen und sich aktiv einzubringen.





Lagerfeuer-Abend vor dem Landtag

Verband: BDKJ-Landesverband NRW **Ziel:** Politische Entscheidungen aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen diskutieren
Zielgruppe: Vertreter*innen von Politik und Jugendverbänden

Im Rahmen der Kampagne „U28“ laden die Katholischen Jugendverbände in NRW einmal im Jahr die Abgeordneten des Landtags zu einem Lagerfeuer-Abend vor dem Landtag ein, um in jugendverbandlicher Atmosphäre die politischen Themen von Kindern und Jugendlichen zu diskutieren. Das Setting trägt dazu bei, dass viele Abgeordnete teilnehmen und für die Jugendlichen die Hürden sehr gering sind. Zudem ist das Format sehr gut, um eigene Themen der Jugendverbände zu setzen. Wichtig ist dem BDKJ, dass trotz der lockeren Atmosphäre die Absprachen verbindlich sein sollen.



In vielen Bildungshäusern ist fairgehandelter Kaffee eine Selbstverständlichkeit – auch auf Druck der Jugendverbände.

Aktions-Website zu Kritischem Konsum

Verband: BDKJ-Bundesverband **Ziel:** Förderung eines kritischen Konsumverhaltens
Zielgruppe: Junge Menschen im Alter von 14 bis 30 Jahren

Junge Menschen zu befähigen, nicht nur passiv zu konsumieren, sondern aktiv etwas für mehr ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu tun – das ist das Ziel von kritischerkonsum.de. Die Website beleuchtet die Folgen von „unkritischem“ Konsumverhalten und zeigt nachhaltige Handlungsoptionen auf. In Rubriken wie Ernährung, Textilien, Energie und Mobilität gibt es umfangreiche Informationen, etwa zu den unfairen Arbeitsbedingungen in der textilen Lieferkette. In der Rubrik „Kampagnen & Aktionen“ regen konsumkritische Aktionen der Jugendverbände zum Nachahmen an. Zum Beispiel haben sich viele Jugendverbände stark dafür eingesetzt, dass die Tagungs- und Bildungshäuser in ihrer Region öko-faire Standards bei der Beschaffung einhalten.

Mehr Infos: www.kritischerkonsum.de

Barcamp politische Jugendbildung

Institutionen: BDKJ Speyer in Kooperation mit dem Heinrich Pesch Haus Ludwigshafen und dem Haus am Maiberg Heppenheim **Ziel:** Fortbildung und Vernetzung der jugendpolitisch interessierten Teilnehmenden **Zielgruppe:** Junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, die sich mit Jugendpolitik auseinandersetzen und dazu pädagogische Angebote machen

Barcamps leben vom Wissen und den Interessen der Teilnehmenden. So entwickelten die Jugendlichen zu Beginn des Barcamps zunächst Inhalte und Ablauf der offenen Workshops. In Kleingruppen diskutierten sie dann über Themen wie „Politikverdrossenheit“, „Empowerment von Frauen“, „Schulsystem“ oder über methodische Fragen der politischen Jugendbildung. Auch erste Ideen zur Umsetzung der Diskussionsergebnisse wurden gesponnen, sodass das Barcamp über die Veranstaltung hinaus vernetzt und Steine ins Rollen gebracht hat.



„Jugend hackt“

Institutionen: Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. und mediale pfade.org e.V.

Ziel: die technischen Fähigkeiten von Programmiertalenten fördern, Jugendliche untereinander vernetzen und gesellschaftlich relevante Fragestellungen identifizieren

Zielgruppe: Junge computerbegeisterte Menschen zwischen 12 und 18 Jahren

„Jugend hackt“ ist ein Programm zur Förderung des Programmier Nachwuchses im deutschsprachigen Raum: Unter dem Motto „Mit Code die Welt verbessern“ tüfteln die Teilnehmer*innen gemeinsam mit der Hilfe ehrenamtlicher Mentor*innen an Prototypen, digitalen Werkzeugen und Konzepten für ihre Vision einer besseren Gesellschaft. Ein Wesensmerkmal der Events ist die Selbstbestimmung der Teilnehmenden.

Mehr Infos: www.jugendhackt.org



„Jugend hackt“ in Halle 2018

Landesheimräte

Institutionen: Bundesländer **Ziel:** Interessenvertretung von Heimkindern, Einhaltung von

Kinderrechten **Zielgruppe:** Kindern, Jugendlichen und junge Volljährige aus Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe

Über 60000 Kinder und Jugendliche leben in Deutschland in Heimen. Damit deren Interessen angemessen vertreten werden, haben einige Bundesländer Interessenvertretungen gegründet. Der Landesheimrat Bayern besteht beispielsweise aus zwölf in geheimer Abstimmung gewählten Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern. Bei Bedarf bringt sich der Landesheimrat auch in jugendhilferelevante Gremien ein, wie zum Beispiel den Landesjugendhilfeausschuss und ist bei Veranstaltungen zum Thema Partizipation vertreten.

Mehr Infos: www.landeshheimrat.bayern.de



Der bayerische Landesheimrat vertritt die Interessen von Heimkindern.

Kommunale Jugendbeteiligung

Institutionen: Kommunen **Ziel:** Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik **Zielgruppe:** Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre

Die 11000 Kommunen in Deutschland haben sehr individuelle finanzielle, strukturelle und personelle Voraussetzungen für Jugendbeteiligung. Auch die gesetzlichen Anforderungen sind in 16 Bundesländern verschieden. Beispielsweise sieht die Gemeindeordnung von Schleswig-Holstein zwingend vor, dass die Gemeinde Kinder und Jugendliche bei Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. In vielen anderen Bundesländern fehlen solche gesetzlichen Grundlagen noch völlig. In allen deutschen Kommunen gibt es jedoch einen Jugendhilfeausschuss, der in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe ein Beschlussrecht hat und in dem die freien Träger der Jugendhilfe (und damit auch die Jugendverbände und -ringe) Stimmrecht haben können. Die Stadt-, Kreis- und Landesjugendringe und auf Bundesebene der Deutsche Bundesjugendring sind starke Partner*innen in politischen Beteiligungsprozessen. Sie sind auch die richtigen Kontakte, wenn eine Gemeinde ihren gesetzlichen Beteiligungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Mehr Infos: <https://werkzeugbox.jugendgerecht.de> und www.dkhw.de





Jugend- und Auszubildendenvertretung

Institution: Betriebe und Behörden mit Betriebsrat bzw. Personalrat

Ziel: Interessenvertretung **Zielgruppe:** Jugendliche Arbeitnehmer*innen unter 18 und Auszubildende bis 25 (teilweise auch 26 Jahre)

📌 Neben dem Betriebsrat beziehungsweise Personalrat ist die JAV – Jugend- und Auszubildendenvertretung – die Interessenvertretung für die jungen Beschäftigten (U18) und Auszubildende. Die JAV kümmert sich zum Beispiel um die Einhaltung der gesetzlichen Verordnungen wie dem Jugendarbeitsschutzgesetz, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen und von Tarifverträgen. Darüber hinaus berät die JAV bei Problemen im Betrieb und achtet auf die Einhaltung der Rechte der Auszubildenden. Die JAV macht sich stark für die Qualität in der Ausbildung und setzt sich für die Übernahme der Auszubildenden ein. Gesetzlich verankert ist die JAV im Betriebsverfassungsgesetz und in den Personalvertretungsgesetzen des Bundes und der Länder.

Mehr Infos: www.jav.info

Advisory Council on Youth

Institution: Europarat **Ziel:** Vertretung aller jungen Menschen in Europa im Europarat und gemeinsame Entscheidung von Prioritäten, Programmen, Budget und Empfehlungen für Mitgliedstaaten im Bereich Jugendpolitik **Zielgruppe:** Vertreter*innen von Jugendorganisationen in einem der 47 Mitgliedstaaten des Europarats

📌 Der Europarat ist weltweit Vorreiter im Bereich Jugendpolitik. Im „Joint Council on Youth“ des Europarats werden alle Entscheidungen in Jugendangelegenheiten gleichberechtigt von Regierungsvertreter*innen und jungen Menschen getroffen. Die 30 Mitglieder des Jugendbeirats (Advisory Council on Youth) haben die Aufgabe, die Meinung von jungen Menschen in Europa im Kontext von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Europarat einzubringen. Der Beirat trifft Entscheidungen, die innerhalb des Europarats und für seine Mitgliedstaaten Gültigkeit haben. Das Gremium wird alle zwei Jahre gewählt.

Mehr Infos: www.coe.int/youth

Sprecher*innen von Freiwilligendiensten

Institutionen: Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD) **Ziel:** Interessenvertretung der Freiwilligendienstleistenden **Zielgruppe:** Teilnehmende eines Freiwilligendienstes

📌 Derzeit leisten über 100 000 (zumeist) junge Menschen einen Freiwilligendienst im BFD oder FSJ. Zur Interessenvertretung und Weiterentwicklung der Freiwilligendienste gibt es entsprechende Gremien. Die katholische Trägergruppe hat in ihren Qualitätsstandards für das FSJ und den BFD deutlich benannt, dass Sprecher*innen für die jeweilige Seminargruppe zu wählen sind. Im Bundesfreiwilligengesetz ist diese Wahl von Sprecher*innen sogar bundesgesetzlich vorgeschrieben. Die Sprecher*innen nehmen an Tagungen teil und kommen direkt mit den Ministerien und Abgeordneten ins Gespräch. Zum Beispiel gibt es die Aktion #freiefahrtfuerfreiwillige, mit der Freiwillige in ganz Deutschland günstige Nahverkehrs-Tickets fordern. Mittlerweile haben einige Bundesländer Vergünstigungen angekündigt – nach dem Vorbild Hessen.

Mehr Infos: www.bundessprecher.net





JUGEND BETEILIGEN JETZT!

Forderungen der BDKJ-Hauptversammlung 2019 an
Entscheidungsträger*innen in Politik, Kirche und Gesellschaft

➔ KINDER UND JUGENDLICHE MIT IHREN ANLIEGEN ERNST NEHMEN!

Entscheidungsträger*innen müssen mit und nicht über Kinder und Jugendliche sprechen. Kinder und Jugendliche sind in politische Prozesse einzubinden und ihre Forderungen ernst zu nehmen. Dazu braucht es ein institutionalisiertes Mitspracherecht für Kinder und Jugendliche in Politik, Kirche und Gesellschaft durch dauerhaft angelegte, geeignete Beteiligungsformate!

➔ WAHLALTER ABSENKEN!

Kinder und Jugendliche sollen selbst mitbestimmen können. Bisherige Altersgrenzen sind willkürlich gezogen und müssen sich an der aktuellen Lebenswirklichkeit orientieren. Es ist unbedingt notwendig, das Wahlalter abzusenken und jungen Menschen das aktive Wahlrecht zuzusprechen. Wir fordern die Politiker*innen auf, sich für entsprechende Änderungen der Gesetze einzusetzen. Ein Stellvertreter*innenwahlrecht lehnen wir ab!

➔ POLITIK SPRACHFÄHIG GESTALTEN!

Um Kindern und Jugendlichen eine Teilhabe in für sie ansprechenden Formaten zu ermöglichen, braucht es eine einfache Sprache der Politik. Sachverhalte – wie Gesetzesvorhaben, Parteiprogramme – müssen klar benannt und verständlich übersetzt werden. Dabei sollen die inhaltlichen Aussagen im Vordergrund stehen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht von inhaltsleeren und polemischen Phrasen verwirrt werden! Kinder und Jugendliche in ihrem Handeln bestärken und fördern! Kindern und Jugendliche sind bereits aktive politische Akteur*innen. Dieses Engagement verdient unseren Respekt und darum fördern wir es. Damit sich Kinder und Jugendliche im politischen Geschehen gut zurechtfinden, müssen ihnen Räume geboten werden, in denen sie sich in ihrem politischen und damit gesellschaftlichen Handeln ausprobieren können, um sich selbst als wichtigen Teil der Gesellschaft zu begreifen!

➔ BILDUNG PRAKTISCH UND LEBENSWELTORIENTIERT UMSETZEN!

Damit Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürger*innen werden können, braucht es politische Bildung, die nicht nur theoretisch und abstrakt über Politik spricht, sondern diese praktisch erlebbar macht. Dazu braucht es einerseits eine feste Verankerung von Mitbestimmungsrechten und -möglichkeiten für junge Menschen in der Schule, der Ausbildung sowie im Beruf und in außerschulischen Bildungsorten. Andererseits eine Form der politischen Bildung, die auf aktuelle Entwicklungen und Diskurse Bezug nimmt. So wird das nötige Wissen vermittelt, sich selbst in die Gesellschaft einzubringen. Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Sie ermöglichen echte Beteiligung. Ihre finanzielle Ausstattung muss gesichert sein.

➔ JUNGE MENSCHEN ALS ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN EINSETZEN!

Junge Menschen machen ein Drittel unserer Bevölkerung aus, daher müssen sie auch in unserer Politik, Kirche und Gesellschaft mehr Verantwortung übernehmen dürfen. Wir wollen, dass mindestens 25 Prozent der Stellen für Entscheidungsträger*innen in Parlamenten, parteilichen und kirchlichen Gremienstrukturen jungen Menschen unter 35 Jahren vorbehalten sind!

➔ KINDERRECHTE IM GRUNDGESETZ VERANKERN!

Wir fordern, dass die Inhalte der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland umfassend umgesetzt werden. Dazu gehört für uns insbesondere die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz!



Die aktuelle BDKJ-Kampagne #Verbandverbindet gibt Jugendgruppen Unterstützung bei Fragen zum Verbandsaufbau.

- ✦ Wie gründen wir eine Jugendgruppe?
- ✦ Was sind die Möglichkeiten, wenn es in der Jugendgruppe gerade nicht „rund“ läuft?
- ✦ Wer bietet Unterstützung?

Mehr Infos: www.bdkj.de/verbandsaufbau



**Verband
verbindet**



BDKJ Bund der Deutschen
Katholischen Jugend